



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

| Gremium | am | TOP |
|---------------------------------|------------|-----|
| Ausschuss Soziales und Senioren | 26.11.2009 | |
| Ausschuss für Umwelt und Grün | 03.12.2009 | |

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Sozialtarife für Strom- und Gasbezug

In der Ratssitzung vom 13.12.2007 wurde folgender Beschluss gefasst:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, mit der RheinEnergie AG zu verhandeln, in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist. Dabei soll der Anreiz zum sinnvollen Umgang mit Energie nicht geschmälert werden.“

Zur Umsetzung dieses Beschlusses teilt die Verwaltung mit:

Die Einführung eines Sozialtarifs im herkömmlichen Sinne, der für bestimmte einkommensschwache Personengruppen reduzierte Strom- und Gastarife vorsieht, ist für die RheinEnergie AG nicht machbar.

Wie bereits in der Begründung des Antrags vom 29.11.2007 formuliert, besteht bei allen Sozialtarif-Modellen die Problematik, dass sie kaum mit einem freien Wettbewerb vereinbar sind. Die Konkurrenzsituation der RheinEnergie AG zu anderen Unternehmen würde durch die Einführung eines „Kölner Sozialtarifs“ einseitig zu Lasten der RheinEnergie verschärft, da bestimmten Kölner Kundengruppen eingeräumte Begünstigungen nur auf Kosten anderer Kundengruppen des gesamten Versorgungsgebietes zu realisieren wären. Darüber hinaus schätzt die RheinEnergie AG einen Sozialtarif als umweltpolitisch falsches Signal ein, da der Anreiz zur Energieeinsparung verloren gehen könnte.

Intention des Ratsbeschlusses war, vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Strom- und Gaspreise eine Kostenentlastung zu ermöglichen insbeson-

dere für Privathaushalte mit niedrigem Einkommen, die von der Preissteigerung überproportional betroffen sind.

Um dieser Intention nachzukommen, wurden mögliche Handlungsalternativen zur Einführung eines Sozialtarifs mit der RheinEnergie AG erarbeitet. Ein erster Ansatzpunkt war die übereinstimmende Feststellung, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, Energie einzusparen bzw. besser und bewusster mit Energie umzugehen. Oftmals sind solche Möglichkeiten jedoch nicht oder nicht ausreichend bekannt, so dass von den Betroffenen keine geeigneten Maßnahmen ergriffen werden können, die ihren Energieverbrauch und damit auch die Kosten positiv beeinflussen. Reine Aufklärung und Beratung zeigt dann den größten Nutzen, wenn sie niederschwellig und direkt mit unmittelbaren Sofortmaßnahmen vor Ort verbunden wird.

In die weiteren Überlegungen mit der RheinEnergie AG wurden bisherige Erfahrungen aus laufenden Stromspar-Projekten einbezogen, beispielsweise aus dem Frankfurter Projekt „Cariteam-Energiesparservice“ sowie dem Bundesprojekt „Stromspar-Check“.

Der Caritasverband Frankfurt e. V. schult seit Ende 2005 Langzeitarbeitslose zu „Serviceberatern für Energie- und Wassersparteknik“. Gleichzeitig erhalten Haushalte mit niedrigem Einkommen über das Projekt eine kostenlose Energie- und Wassersparberatung, bei der Energiesparlampen, schaltbare Steckdosenleisten, Sparduschköpfe und andere Spargeräte direkt installiert werden. Das Projekt wird als Maßnahme der Beschäftigungsförderung durchgeführt und verknüpft aufgrund des integrativen Konzeptes arbeitsmarkt-, sozial- und klimapolitische Ziele ideal miteinander.

„Cariteam-Energiesparservice“ wurde 2009 vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg und dem Frankfurter Institut für sozial-ökologische Forschung evaluiert: Wichtigster Grund für die Inanspruchnahme des Energiesparservices war die Verringerung der Stromkosten.

Bemerkenswert hierbei ist, dass so gut wie keiner der befragten Haushalte vorher bereits eine Energiesparberatung genutzt hat. Dies macht deutlich, dass bestehende Angebote an Energieberatungen von der Zielgruppe der einkommensschwachen Haushalte so gut wie nicht wahrgenommen bzw. genutzt werden und somit andere Zugangswege eröffnet werden müssen.

Die meisten befragten Haushalte waren mit dem Energiesparservice insgesamt sehr zufrieden und vergaben die Schulnoten „sehr gut“ (37%) oder „gut“ (53%). Als besonders nützlich wurde dabei die kostenlose Abgabe oder Direktinstallation der Spargeräte bewertet, die sich einkommensschwache Haushalte oft selbst nicht leisten können. Aber auch die Einspartipps und Empfehlungen der Berater und sonstigen Maßnahmen (z. B. Besprechung der Stromrechnung, Nachmessen des Stromverbrauchs) wurden als hilfreich eingestuft.

Das Frankfurter Projekt war Vorläufer und Ideengeber des Bundesprojektes „Stromspar-Check“, welches derzeit an 58 Standorten des Caritasverbandes durchgeführt wird (hier von 23 in Nordrhein-Westfalen). Die RheinEnergie AG fördert die Pilotphase der Aktion „Stromspar-Check für einkommensschwache Haushalte“ in ihrem Versorgungsgebiet mit 75.000 €.

In Zusammenarbeit mit dem Diözesancaritasverband für das Erzbistum Köln e. V. und der katholischen Kirchengemeinde Johannes XXIII. ist es nunmehr gelungen, Köln als assoziierten Standort in das Bundesprojekt „Stromspar-Check“ einzubinden.

Das Kölner Projekt wird als sozialräumlich orientiertes Modellprojekt in Chorweiler mit drei

vormals Langzeitarbeitslosen voraussichtlich im Dezember 2009 starten. Die Maßnahme wird durch die Arbeitsgemeinschaft Köln im Rahmen des § 16e SGB II gefördert.

In diesem Projekt werden die vormals Langzeitarbeitslosen zu Energieberatern bzw. „Stromspar-Checkern“ ausgebildet. Das Schulungskonzept wird in Kooperation mit dem bestehenden Bundesprojekt und unter der Koordination des Diözesancaritasverbandes durchgeführt und enthält modulare Schulungen nach einem Qualifizierungsplan. Zusätzlich hierzu koordiniert der Diözesancaritasverband einen regelmäßigen Austausch zu den Themenbereichen „Einsparung bei Strom, Heizung und Wasser im privaten Haushalt“. Für diesen Informations- und Erfahrungsaustausch steht die Energieberatung der RheinEnergieAG sowohl den Projektverantwortlichen als auch den Stromspar-Checkern zur Verfügung.

In einem ersten Besuch vor Ort misst das Kölner Stromspar-Check-Team sämtliche Verbrauchswerte des Haushaltes und fertigt eine standardisierte Dokumentation der unterschiedlichen Verbraucher unter Einbeziehung des Nutzungsverhaltens. Die so erhobenen Daten werden mit der für das Bundesprojekt entwickelten Software überprüft. Anhand dieser Auswertungen wird ein auf den jeweiligen Haushalt individuell zugeschnittenes „Stromspar-Konzept“ erarbeitet.

Bei einem zweiten Besuch werden die analysierten Daten ausgehändigt, das individuelle Stromspar-Konzept wird erläutert. Möglichkeiten und Perspektiven zur Vermeidung von „Energiefallen“ sowie zur Realisierung weiterer Potenziale werden besprochen sowie ggf. erforderliche Stromsparprodukte installiert.

Das Bundesprojekt „Stromspar-Check“ beinhaltet eine Evaluation des Projektes. Die Daten des Kölner Projektes werden in die Evaluation einfließen.

Ein erster Zwischenbericht ist sechs Monate nach Projektbeginn vorgesehen.

Mit der katholischen Kirchengemeinde Johannes XIII. wurde ein Träger gefunden, der nach Kenntnis und Einschätzung der Verwaltung über einen hohen Vernetzungsgrad in Chorweiler verfügt und in diesem Rahmen mit vielen Trägern erfolgreich zusammenarbeitet. Aufgrund der ausgeprägten sozialräumlichen Vernetzung besteht ein beträchtlicher Bekanntheitsgrad, wodurch die angesprochene Zielgruppe der einkommensschwachen Haushalte gut erreichbar ist.

Die Einbindung in das Bundesprojekt, die Anbindung an den Diözesancaritasverband für das Erzbistum Köln e. V., die im Sozialraum etablierte und anerkannte Kirchengemeinde Johannes XIII und die kooperative Zusammenarbeit mit der RheinEnergie AG sind aus Sicht der Verwaltung Garanten für einen erfolgreichen Projektverlauf.

gez. Dr. Klein